



18. FOLGE DER BPE-SERIE "ISLAM KOMPAKT" ÜBER MOSLEMISCHE DSCHIHAD-KRIEGER

Terroristen des Politischen Islams sind nicht „psychisch krank“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Mit zuverlässiger Regelmäßigkeit wird nach jedem Terroranschlag des Politischen Islams versucht, dem moslemischen Attentäter psychische Probleme zuzuschreiben, um damit eine vermeintliche „Schuldunfähigkeit“ attestieren zu können. Dabei handeln diese Allah-Krieger exakt nach den Vorgaben ihrer Ideologie, die im Befehlsbuch Koran unmissverständlich festgehalten sind. Auch der Auto-Dschihadist von Berlin (*siehe Video oben*), der mit radikalen Moslems verkehrte, seine Tat mit vielen Hinweisen auf den Islam ankündigte, bei der Tat „Allahu Akbar“ rief und anschließend auf seinem Gebetsteppich betete, ist nun in einer psychiatrischen Haftanstalt gelandet.

Aus der rationalen Sicht einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft wird es eben als geistig nicht zurechnungsfähig eingeordnet, wenn jemand wahllos Menschen eines anderen Glaubens attackiert und tötet. Das „Tötet sie, wo immer Ihr sie findet“ des Korans wird vom westlichen Mainstream

vorsätzlich ignoriert. Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf.

Der Auto-Dschihadist von Berlin, der irakische Moslem Sarmad A., drang 2016 über Finnland in unser Land ein. Seitdem ist er ein „geduldeter“ angeblicher „Flüchtling“ und wird nicht abgeschoben, da der Irak als „unsicher“ gilt. Nun, für Christen, Jesiden und andere „Ungläubige“ sicherlich ja, aber für gläubige Moslems wohl eher nicht.

Am 18. August 2020 raste dieser Sarmad A. über die Berliner Stadtautobahn A 100 und rammte vorsätzlich drei Motorräder. Der 30-jährige Moslem habe laut des Sprechers der Generalstaatsanwaltschaft Berlin regelrecht „Jagd“ auf die Motorradfahrer gemacht. Alle drei wurden schwer verletzt, einer musste mit schweren Kopfverletzungen reanimiert werden. Es war ein Feuerwehrmann, der sich auf dem Heimweg befand und auch noch schwere Wirbelsäulenschäden erlitt. Drei weitere Personen wurden leicht verletzt, als ein angefahrenes Motorrad in ihr Auto krachte.

Nach dem letzten Rammen war das Fahrzeug des islamischen Terroristen so schwer beschädigt, dass er seine Attacken nicht mehr weiter fortsetzen konnte. So stieg der Moslem mit einem Küchenmesser bewaffnet aus und rief „Allahu Akbar“, was „Allah ist der Größte“ heißt. Dann stellte er eine Munitionskiste auf das Dach seines Autos und schrie den Passanten auf arabisch zu:

„Keiner kommt näher, sonst werdet ihr alle sterben.“

Anschließend rollte er einen Gebetsteppich aus und ließ sich darauf zum Gebet an seinen Gott Allah nieder. Ein arabisch-sprechender Polizist griff ein und zog den Moslem von seinem Teppich weg. Nach der Festnahme soll sich der Mann aus Bagdad aggressiv verhalten haben.

Anschlag auf Facebook mit „Allah ist der Größte“ und

„Märtyrer“ angekündigt

Zwei Stunden zuvor zeigte sich der Attentäter auf Facebook mit typisch islamischer Häkelkappe und seinem Fahrzeug, mit dem er kurz danach seinen Terror-Anschlag beging:



Dazu postete er religiöse Sprüche, in denen die Worte „Märtyrer“, „Allah liebt“, Allahu Akbar“ und „Palästina“ vorkamen. Der offensichtlich tiefgläubige Moslem unterlegte auch ein Foto von sich mit der palästinensischen Fahne.

Neben dem Wort „Märtyrer“ ist ein kleines Autosymbol abgebildet. Auf einer weiteren Bildmontage drückt ein Sensenmann an einem Tacho die Nadel in Richtung 160. Ermittler deuten dies als Hinweise, dass der Iraker einen Selbstmordanschlag mit einem Fahrzeug plante. Zahlreiche Personen, vermutlich Moslems, ermutigten ihn auf Facebook im Kommentarbereich und wünschten ihm alles Gute.

Anschließend lief der Moslem im Stadtteil Reinickendorf durch die Straßen und trommelte auf Autodächer. Nachbarn alarmierten daraufhin die Polizei, die auch mit zwei Streifen ausrückte,

den Iraker aber nicht ausfindig machen konnte.

Der Hausmeister einer Flüchtlingsunterkunft, in der der Terrorist mit einer zweiten Person gelebt hat, berichtete, dass der Moslem oft die Straße hoch und runter lief und dabei lautstark immer wieder „Allahu akbar“ rief. Weitere Nachbarn haben den 30-Jährigen als „gewaltbereit“ geschildert.

Kontakte zu Gefährdern des Islamischen Staates

Der Iraker soll Kontakt zu mindestens einem als Gefährder bekannten radikalen Moslem gehabt haben, der der Terror-Organisation „Islamischer Staat“ angehöre, wie die Berliner Zeitung aus Sicherheitskreisen erfuhr. Laut „Tagesspiegel“ sei auch der Auto-Dschihadist dem IS-Spektrum zuzuordnen.

Dies liegt auch nahe, denn der Islamische Staat forderte bereits mehrfach alle in Europa lebenden Moslems auf, Terror-Anschläge mit allem durchzuführen, was als Waffen geeignet ist, beispielsweise Messer, Scheren und Autos. Es geht darum, die ungläubige Bevölkerung in Schrecken zu versetzen und ein Gefühl der Unsicherheit zu erzeugen. So, wie es auch im Befehlsbuch Koran steht:

*„Wir werden in die Herzen derjenigen, die ungläubig sind, Schrecken einjagen dafür, daß sie Allah andere Götter beigesellt haben, wozu Er keine Ermächtigung offenbart hat.“
(Sure 3, Vers 151)*

Dieser Auto-Dschihad war nach allen vorliegenden Erkenntnissen also ein Terror-Anschlag des Politischen Islams. Aber auch nach dieser Attacke wird händeringend versucht, dem Moslem eine Schuldunfähigkeit aufgrund angeblicher „psychischer Probleme“ unterzuschieben.

Die vermeintliche „psychische Erkrankung“ des Auto-Dschihadisten von Berlin

Schnell nach diesem Auto-Terror-Anschlag wurde – wie so oft – erklärt, dass der moslemische Attentäter „psychisch krank“ sei. Berlins Innensenator Andreas Geisel meinte, dass die „Vermischung von „persönlichen Problemen“ mit „religiös aufgeladenen Vorstellungen“ zu „unkontrollierbarem Handeln“ führen könne.

SPD-Mann Geisel sollte den Koran kennen, denn im Bücherregal seines Büros befindet sich einer. Wenn er die Motive des Auto-Dschihadisten herausfinden möchte, dann muss er sich nur die einschlägigen Tötungs-, Terror- und Kampfbefehle des Korans gegen die Ungläubigen durchlesen. Sure 2 und Sure 9 sind hierzu als Einstieg zu empfehlen. Zur Ausführung von gezieltem Terror reicht die Überzeugung, dass es sich bei diesen Koranversen um zeitlos gültige Befehle eines Gottes handelt und die Zeit zum Dschihad gekommen ist. Aber vermutlich hat das frühere SED-Mitglied Geisel den Koran nur als Ausdruck seiner „interreligiösen Kompetenz“ und „weltoffenen Toleranz“ im Regal stehen und sah noch nie aufmerksam hinein.



Der irakische Moslem hatte seinen Anschlag auf Facebook als typisch islamische Märtyrer-Mission angekündigt, rief bei der

Tat „Allahu Akbar“, rollte anschließend seinen Gebetsteppich aus und betete. Zuvor hatte er Kontakt zu mindestens einem Anhänger des Islamischen Staates, der ja Moslems in ganz Europa zu Anschlägen aufrief. Damit ist das Motiv klar.

Aber Sarmad A. wurde nach der Vorführung vor dem Haftrichter zügig von einer psychiatrischen Gutachterin untersucht, die ihm einen „bizarren, religiösen Wahn“ attestierte. Wegen dieser angeblichen „psychischen Erkrankung“ sei eine „Schuldunfähigkeit nicht auszuschließen“. Dieser angebliche religiöse „Wahn“ entspricht aber vielmehr exakt der Ideologie des Politischen Islams und ist keineswegs „bizarrr“, sondern real. Der Mann befindet sich aber nun im Maßregelvollzug in einem Haftkrankenhaus.

Dieser Maßregelvollzug ist für Straftäter gedacht, die aufgrund ihrer psychischen oder Suchterkrankung das Unrecht ihrer Straftat nicht einsehen können. Diese Täter werden in der Regel von Gerichten als nicht oder vermindert schuldfähig in forensisch-psychiatrische Kliniken eingewiesen – im Unterschied zu schuldfähigen, für ihre Tat voll verantwortlichen Rechtsbrechern, die überwiegend in Justizvollzugsanstalten kommen. Sarmad A. ist für seine Tat voll verantwortlich, denn er hat sich nach der Terror-Ideologie des Politischen Islams gerichtet.

2018 nach Attacke auf Polizist Gebetsteppich ausgerollt

Der gläubige Moslem hatte bereits 2018 eine Körperverletzung begangen, die herbeigerufenen Polizisten bedroht, anschließend seinen Gebetsteppich ausgerollt und darauf gebetet. Damals wurde das Verfahren wegen „phasenweiser Schuldunfähigkeit“ mit einem Freispruch beendet. Sarmad A. blieb aber nicht lange in der Psychiatrie, sondern wurde rasch wieder auf die Berliner Bevölkerung losgelassen. Ein schwerer Fehler, wie sich jetzt erwies.

Dabei ist der Terror des Politischen Islams kein Fall für die

Psychiatrie, sondern für die konsequente Bestrafung durch den Rechtsstaat und die langfristige Unterbringung in Haftanstalten. Zudem wird klar, wie nötig die umfassende Aufklärung über die gefährlichen Bestandteile dieser Ideologie ist.

Niemand braucht sich zu wundern, dass die klaren Tötungsbefehle des Korans, die Diffamierung aller Ungläubigen und das Heilsversprechen für Attentäter, im Falle ihres eigenen Todes mit ewigem Leben im Paradies und Freuden mit 72 Jungfrauen belohnt zu werden, auch vielfach von Moslems ausgeführt werden. Nur aus der rationalen Sicht einer aufgeklärten und zivilisierten Gesellschaften ist dies „psychisch krank“.

Im Politischen Islam jedoch ist dies der konsequent ausgeführte Heilige Krieg gegen die Ungläubigen, der Dschihad. Ein islamischer Terrorist erkennt natürlich kein „Unrecht“ in seinem Handeln, wenn er in seinem Befehlsbuch liest „Tötet die Ungläubigen, wo immer ihr sie findet“. Der irakische Auto-Dschihadist hat diesen Befehl in Berlin für sich umgesetzt und in voller Überzeugung im Auftrag seines Gottes Allah gehandelt.

Hier sollte also nicht die Psychiatrie aktiv werden, sondern der Staat, der das Verbot des Politischen Islams durchführen sollte, damit Moslems wie Sarmad A. nicht mehr zu solchen Terror-Anschlägen gebracht werden können. In Österreich arbeitet die Regierung seit zwei Jahren an einem solchen Verbot.

Auch die CSU hat den Politischen Islam als Ursache für Terror erkannt. In ihrem Leitantrag hierzu steht auf den Seiten 3 und vier:

Der Politische Islam führt Kriege im Namen der Religion. Der Dschihad wird vom Politischen Islam zur Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt benutzt.

Die Religion des Terrors ist der Politische Islam. Es gibt keine andere Ideologie, die den weltweiten Terror qualitativ wie quantitativ so prägt wie der Politische Islam. Durch ihn wird der islamistische Terror legitimiert und motiviert. Islamistische Terroristen rufen bei einem Anschlag „Allah ist groß“ und sehen sich als Märtyrer.

Deshalb ist es falsch zu sagen, der Terror habe nichts mit dem Islam zu tun. Überall, wo sich Terroristen auf den Koran berufen, wo der Islam für Gewalt missbraucht wird, wo muslimische Geistlichkeit Terror predigt, hat der Terror mit dem Politischen Islam zu tun.

Wer den Zusammenhang von Politischem Islam und Terror nicht wahrnimmt, wird die weltweit agierende Ideologie der Gewalt nicht stoppen. Wer blauäugig die offensichtlichen Motive der Täter verneint, wird die Gewalt im Namen der Religion nicht beenden. Wer den Zusammenhang von Politischem Islam und Terror verneint, der hat den Kampf gegen den Terror schon verloren. Mit grausamer und menschenverachtender Brutalität hat sich dieser Terror in den vergangenen Monaten auch in Europa ausgebreitet. Hunderte Menschen wurden getötet oder verletzt.

Diesen Leitantrag zum Politischen Islam hat die CSU leider seit November 2016 in der Schublade versteckt und noch nicht in politische Arbeit umgesetzt. Aber immer mehr Parteien erkennen mittlerweile die Bedeutung dieses Begriffes und arbeiten mit ihm. Neben der AfD auch Teile der CDU und in Österreich die ÖVP und die FPÖ. Das Verbot dieser gefährlichen Ideologie würde eine der wichtigsten Präventiv-Maßnahmen im Kampf gegen den Terror darstellen.

Der Terror des Politischen Islams – ein teures Massenphänomen in Deutschland

Der Terror des Politischen Islams ist nicht nur weltweit,

sondern auch in Deutschland ein Massenphänomen, das aufgrund der vielen Verdächtigen und Gefährder zudem sehr teuer ist. Auf Nachfrage des früheren Kriminalpolizisten und jetzigen Buchautors Stephan Schubert gab die Pressestelle des Generalbundesanwalts bekannt, dass seit 2015 2645 Verfahren zu „islamistischem“ Terror eingeleitet wurden (PI-NEWS berichtete). Die meisten der Terror-Verdächtigen seien „Zugewanderte“ aus Syrien, dem Irak und Afghanistan.

Sprunghafter Anstieg der Terrorverdächtigen seit Beginn der „Flüchtlings“-Welle

So ist es kein Wunder, dass sich seit Beginn der „Flüchtlings“-Welle ein sprunghafter Anstieg der Terrorverfahren feststellen lässt. Waren es 2015 noch 108, gab es 2016 bereits eine Verdopplung auf 201. 2017 schlug der Massenzustrom von „Flüchtlings“ mit 1052 Terrorverfahren voll zu Buche. Ab 2018 ging es wohl aufgrund der anlaufenden Sicherheitsmaßnahmen auf 884 Terrorverfahren zurück, 2019 weiter auf 400.

Überwachung des Gefährders Ayman N. kostete bisher 5 Millionen Euro

Viele dieser Verfahren sind extrem teuer. So überwachen Landespolizisten in Sachsen-Anhalt laut Berichten der Magdeburger Volksstimme und der Bild seit drei Jahren einen Gefährder des Islamischen Staates in Bitterfeld-Friedersdorf. Auf Schritt und Tritt. Rund um die Uhr. Der als potentieller Terrorist eingestufte Moslem Ayman N. aus Syrien kostete die deutschen Steuerzahler bisher über 5 Millionen Euro.

Im August 2017 hatte zunächst das Landgericht Halle den Prozess wegen der „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat“ eröffnet. Der IS-Sympathisant, der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling im Herbst 2015 eingereist war, hatte im Internet Kontakt mit Gleichgesinnten aufgenommen. Laut Anklage habe sich Ayman N. eine Bauanleitung

zur Herstellung des Sturmgewehres AK 47, einer Kalaschnikow, zusenden lassen. Außerdem habe er in einem Chat erfragt, wo man Waffen erhalte und wie man einen Sprengstoffgürtel herstellen könne, was auf einen Selbstmordanschlag hindeutet. Gegenüber einem verdeckt arbeitenden Verfassungsschützer behauptete der Syrer auch, dass er „etwas Größeres“ plane:

„Ich bin nicht nach Deutschland eingereist, um hier zu leben. Auch nicht, um hier mit einem Messer ein oder zwei Menschen zu töten. Ich habe Größeres vor.“

Ein deutscher Justizsprecher teilte mit:

„Er tat kund, dass er einen Anschlag gegen das Leben vieler in Deutschland lebender Menschen verüben wolle.“

Terrorverdächtiger erschien vor Gericht in islamischem Gebetsteppich

Dieser Anschlag sollte wohl in Berlin erfolgen. Zur Verhandlung vor dem Landgericht erschien der Moslem in einen islamischen Gebetsteppich gehüllt. Nach dem dritten nichtöffentlichen Verhandlungstag im September 2017, als Zeugen den Syrer als „IS-Schläfer“ bezeichneten, gab das Gericht den Fall wegen seiner politischen Brisanz an den Staatsschutzsenat des Kammergerichtes Berlin ab. Doch dort wurde das Verfahren gegen Ayman N. nach dem vierten Verhandlungstag im Dezember vorübergehend ausgesetzt, weil noch Nachermittlungen zur Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung erforderlich seien. Damit war auch der Haftbefehl wieder ausgesetzt.

12 Polizisten überwachen terrorverdächtigen Moslem Tag und Nacht

Seit Herbst 2017 muss der syrische Moslem nun jeden Tag von vier Zivilpolizisten überwacht werden. Auch wenn er abends in seine Asyl-Unterkunft geht. Hierzu sind drei Einsatz-

Schichten notwendig, also 12 Polizisten am Tag, von denen viele von Magdeburg anreisen müssen. Ayman N. gilt als so gefährlich, dass er ständig eine Fußfessel trägt und den Ort Friedersdorf nicht verlassen darf.

Dadurch haben sich laut Zeitungsberichten bereits 95.000 Einsatzstunden für die Bewachung des terrorverdächtigen „Flüchtlings“ angesammelt. Bei einem Stundensatz von 52 Euro pro Beamten macht das bislang fünf Millionen Euro zu Ungunsten des Steuerzahlers und der deutschen Rentner aus. Fahrzeugkosten oder andere Sachmittel sind noch nicht mit einberechnet. Dieser teure Wahnsinn geht solange weiter, bis der Prozess gegen den heute 19-Jährigen wegen Terror-Gefährdung vor dem Berliner Kammergericht fortgeführt wird.

Peter Meißner vom Bund Deutscher Kriminalbeamter beklagte sich gegenüber der BILD-Zeitung, dass diese Dauer-Überwachung Kräfte binde, die an anderen Stellen dringend gebraucht werden. Die immens gestiegene Terrorgefahr durch moslemische Flüchtlinge zählt zu einem der größten Tabuthemen im Bereich der inneren Sicherheit und wird vielfach sogar negiert.

Die ideologische Grundlage für diesen Terror liefert der Politische Islam. Davon sind in Deutschland und Österreich auch die Parteien ÖVP, FPÖ, CSU, AfD, Teile der CDU und viele kundige Islamkritiker sowie Organisationen wie das Zentrum für Studien über den Politischen Islam, englisch CSPI, überzeugt. In Wien wurde von der österreichischen Regierung im August 2020 die Dokumentationsstelle Politischer Islam eröffnet.

Der Begriff „Islamismus“ führt hingegen in die falsche Richtung, denn er suggeriert, dass es sich um eine „extremistische“ Auslegung des Islam handele. Das ist falsch.

Schließlich ist der Politische Islam von Anfang an ein integraler Bestandteil des Islams, wurde vom Propheten Mohammed so vorgelebt und in Befehlsform im Koran festgehalten. Dieser Politische Islam muss aus dem

Gesamtkonstrukt Islam herausgelöst und verboten werden. In einer freien demokratischen Gesellschaft darf nur der wirklich religiöse, spirituelle und strikt säkulare Teil gelten, sonst wird der Terror des Politischen Islams nie aufhören. Aber diese Terroristen werden vielfach immer noch mit Samthandschuhen angefasst. Wie auch im Fall des afghanischen Dschihadisten Harun P., der jetzt in München nach nur fünf Jahren – weniger als der halben Haftdauer – wieder auf die Menschheit losgelassen wurde. Mehr darüber am Donnerstag.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.